



Update Dienstrad Leasing: Start auf 2024 verschoben



WEN BETRIFFT'S?

alle aktiven
Beamt:innen und
Richter:innen



WAS BRINGT'S?

Fahrrad günstiger
leasen bzw. erwerben



UNSERE FORDERUNG:

Auch für Tarifbeschäftigte,
Pensionär:innen und
Beamt:innen auf Probe

Dienstradleasing

*Wir freuen uns, dass endlich
Schwung in die Sache
kommt. Dass u.a.
Tarifbeschäftigte und
Beamt:innen auf Probe
ausgeschlossen sein sollen,
akzeptieren wir aber nicht!*

RENE VROOMEN,
VORSITZENDER DER JUNGE
GRUPPE (GdP) RLP



Ein starker GdP Erfolg muss noch ein bisschen auf sich warten lassen. Wir haben in der Staatskanzlei nach dem Stand des Dienstrad-Leasing gefragt und folgende Antworten erhalten: Die Ausschreibung des Anbieters läuft europaweit bis zum 31.12.2023, danach wird der beste Anbieter ausgewählt. Dies gilt in einem ersten Schritt nur für Beamt:Innen und Richter:Innen, die mind. auf Lebenszeit verbeamtet sind. Hintergrund ist, dass über die Dauer des Leasings eine Zahlung der Bezüge garantiert sein muss. Auch Pensionär:innen sollen berechtigt sein, wenn das Leasing während der Dienstzeit beginnt, genaueres ist noch in der Klärung. In einem nächsten Schritt ist die Ausweitung auf Tarifbeschäftigte angedacht. Hier lehnt sich die Regierung unserer Meinung nach zu weit zurück und verweist auf die Tarifverhandlungen der Länder! Personen in Elternzeit (ohne Bezüge) sind ebenfalls nur mit Abstrichen berechtigt - hier bedarf es fairen Lösungen!

WWW.GDPRLP-STUDIS.DE

WIE WÜRDEN DAS LEASING ABLAUFEN?

1

NACH ONLINE-REGISTRIERUNG FAHRRAD BEIM HÄNDLER DER WAHL AUSSUCHEN UND ANTRAG ONLINE EINREICHEN.

2

DER ARBEITGEBER PRÜFT DEN ANTRAG. NACH FREIGABE ERHALTET IHR EINEN ABHOLSCHHEIN UND KÖNNT LOSRADELN.

3

DIE LEASINGRATE GEHT DIREKT VOM GEHALT AB, WODURCH ES ZU VERGÜNSTIGUNGEN IM STEUERLICHEN ABZUG KOMMT.

4

NACH DER LEASINGZEIT KÖNNT IHR DAS FAHRRAD ZURÜCKGEBEN ODER ABKAUFEN, GANZ EURE ENTSCHEIDUNG.

“ GDP - MEINUNG

Es ist zu begrüßen, dass die Landesregierung vorsieht, dass u.a. auch Tarifbeschäftigte von dem Dienstrad-Leasing profitieren sollen. Statt den GdP-Vorschlag aufzugreifen und ein zinsloses Darlehen, verbunden mit attraktiven Zuschüssen, den Tarifbeschäftigten zur Verfügung zu stellen, will man es allerdings unsozialer gestalten. Das Finanzministerium plant einen Beschluss umzusetzen, der vereinfacht gesagt die Möglichkeit vorsieht im Land einen eigenen Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung auszuhandeln. Wir sind hierüber mehr als schockiert, fördert doch eine Entgeltumwandlung eine Schwächung der Sozialkassen und am Ende auch die Rente von allen die diese Entgeltumwandlung vereinbaren. Von einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung haben wir mehr Augenmaß beim sozialen Gefüge erwartet.